



## INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

### Attraktive Städte und Orte brauchen aktive Zentren

#### Auftakt für das Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“

Im Rahmen der Städtebauförderung gibt es jetzt erstmalig ein spezielles Programm für die Innenstädte, Stadtteil- und Ortsteilzentren. Zum Programmauftakt fand am 28. Mai 2008 in Berlin die Fachtagung „Aktive Städte und Orte brauchen aktive Zentren“ statt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat diese Tagung im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik durchgeführt. Mitveranstalter waren die Bauministerkonferenz, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag. Das BBR war mit der fachlichen Vorbereitung und Begleitung beauftragt.

Die Veranstaltungspartnerschaft ist bereits Ausdruck des Kooperationsgedankens im Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“. Ein gemeinsames Veranstaltungsziel bestand darin, ein kräftiges Startsignal für das neue Förderprogramm an die Fachwelt zu senden. Die Resonanz von mehr als 400 Teilnehmern zeigt, dass das Signal angekommen ist. Das kurz so genannte „Innenstadtprogramm“ geht mit beachtlicher Aufmerksamkeit an den Start. Ein weiteres Anliegen war es, über die sachlichen Hintergründe, Ziele und Elemente des Programms zu informieren. Weiterhin wurden Erfahrungen und Handlungsansätze aus der städtebaulichen Praxis diskutiert.

Eingangs stellte Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär im BMVBS, das neue Förderprogramm unter das übergeordnete Ziel, die Innenentwicklung systematisch zu unterstützen. Dementsprechend sei die Stärkung der Innenstädte und der Ortsteil-

zentren der neue Schwerpunkt der Städtebauförderung. Er verwies auf wesentliche Konsequenzen der Föderalismusreform für die Bundesfinanzhilfen, nämlich: Problemorientierung, Befristung, degressive Finanzierung, Evaluierung. Das Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ ist auf acht Jahre ausgelegt und im ersten Jahr mit 40 Mio. Euro an Bundesmitteln ausgestattet. Exemplarisch nannte Dr. Lütke Daldrup Handlungsmöglichkeiten wie: Zentrenstärkung, Abbau gewerblicher Leerstände, Brachenaktivierung, Unterstützung von Citymanagement, Förderung lokaler Initiativen und Verantwortung.

Im Anschluss referierte Professor Kunibert Wachten, Lehrstuhl und Institut für Städtebau und Landesplanung an der RWTH Aachen, über Probleme, Perspektiven und Handlungsansätze in Stadt- und Ortsteilzentren. Er skizzierte diese mit einem illustrierten Streifzug durch die Mitte einer Großstadt, ein großstädtisches Stadtteilzentrum und ein kleinstädtisches Ortsteilzentrum. So wurde die große Bandbreite der Ausgangslagen und Herausforderungen offenkundig. Jedes Zentrum stelle zugleich eine besondere und komplexe Aufgabe. Geschichtlichkeit und Identität seien zu sichern. Um Vielfalt und Multifunktionalität in den Innenstädten zu entwickeln sei mehr Aufmerksamkeit auf das Wohnen, auf kulturelle und öffentliche Einrichtungen zu richten. Langfristorientierungen sollten mit Sofortmaßnahmen kombiniert und in neue Kooperationen eingebunden werden. Schließlich plädierte Prof. Wachten dafür, aktive Stadt- und Ortsteilzentren als Dauer- und Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen.



#### Inhalt:

- Attraktive Städte und Orte brauchen aktive Zentren
- Städtebaulicher Investitions- und Förderbedarf 2007–2013
- Europa wächst zusammen
- Überregionale Partnerschaften
- Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen
- Raumordnungsplanung und Kulturlandschaftsentwicklung
- Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens
- ExWoSt-Forschungsfeld Stadtbau West
- CD/DVD Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft
- Kostengünstiger qualitätsbewusster Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern
- Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel
- Jahrbuch Bau und Raum
- [Neues aus der Forschung](#)



Die anschließenden Podiumsrunden haben die Problem- und Aufgabenvielfalt in der lokalen Praxis weiter ausdifferenziert. Auf dem ersten Podium ging es um die für das Alltagsleben relevanten Ortsteil- bzw. Stadtteilzentren und Ortskerne. Das zweite Podium setzte sich mit dem Handlungsfeld der Stadtzentren, also mit der Mitte und Marke der gesamten Stadt auseinander.

Beide Podien lebten von der großen Bandbreite der durch die Diskutanten vertretenen Rollen und Perspektiven in der Stadt- und Ortsteilentwicklung. Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik waren von der Landesebene über die Ebenen der Groß- und Mittelstadt bis zum Landkreis repräsentiert. Das Akteursspektrum reichte vom Einzelhandelsgeschäftsinhaber bis zum Entwickler von Einkaufszentren, von der Ebene regionaler Einzelhandelskonzepte bis hin zum Quartiersmanagement. Die Moderation durch Frauke Burgdorff, Montag Stiftung Urbane Räume Bonn, animierte zu klaren und aussagehaltigen Beiträgen. Sie eröffnen interessante Einblicke in unterschiedliche Praxisfälle. Auf diese Weise wurden Erfahrungstransfer und Anregung aus der laufenden Praxis für die künftige Entwicklung der Stadt- und Ortsteilzentren bereits zum Programmauftakt gelebt.

Abschließend folgten Schlussfolgerungen jeweils aus Länder- und Bundessicht. Für Siegfried Schneider, Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz, bietet das neue Programm die Chance, die sich andeutende Rückbesinnung auf die Innenstadt zu unterstützen. Er appellierte an die Akteure der Zentrenentwicklung, diese Chance zu ergreifen und die experimentellen Programmelemente für die Praxis zu nutzen. Er unterstrich Notwendigkeit und Nutzen der Programmevaluierung und sprach sich für eine praxisorientierte Durchlässigkeit der vielfältigen Programmbereiche in der Städtebauförderung aus.

Aus Bundessicht hob Dr. Ulrich Hatzfeld, BMVBS, die Bedeutung der Innenstädte für

Planung und Entwicklung in der gesamten Stadt bzw. Stadtregion hervor. Er unterstrich die methodische Innovation des Verfügungsfonds im neuen Förderprogramm und rief dazu auf, diesen kreativ und verantwortungsvoll zu nutzen. Der Fonds biete den Kommunen ein strategisches Instrument, neue Partnerschaften für die Zentrenentwicklung zu konstituieren und Kooperationsprozesse zu verstetigen. Aus seiner Sicht seien Flexibilität und Anpassungsfähigkeit wesentliche Erfolgsfaktoren der Städtebauförderung.

Die Fachtagung markiert einen vielversprechenden Auftakt für das neue Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- Ortsteilzentren“. Dafür spricht nicht nur die große Gästezahl. Zugleich zeichnete sich die Tagung durch einen dichten und tiefgehenden Fachdiskurs aus. Es ist ein beachtlicher Fundus an gemeinsamen Einschätzungen und Orientierungen zu konstatieren, die über fachliche und institutionelle Grenzen hinausgreifen. Das betrifft die Einschätzung der herausragenden Bedeutung der Stadt- und Ortsteilzentren für die Zukunft unserer Städte und Gemeinden insgesamt. Dazu zählt weiterhin die Orientierung auf Gestalt- und Prozessqualitäten, auf funktionale, kulturelle, bauliche und soziale Vielfalt. Es gilt, das Wohnen in der Innenstadt für alle gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen.

Schließlich scheint die Einsicht zu reifen, die Entwicklung der zentralen Räume in Städten und Gemeinden als vieldimensionale Herausforderung und fortwährenden Prozess anzunehmen. Dafür werden neue Kooperationen und übergreifende Partnerschaften als hilfreich und notwendig erachtet. Impulse dafür sind von dem neuen Förderprogramm, aber auch vom bereits existierenden Transferpotenzial aus der Praxis zu erwarten. Insofern darf die Fachtagung in mehrfacher Hinsicht als ermutigender Auftakt für das „Innenstadtprogramm“ gelten.

#### Weitere Informationen:

[www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de)  
[www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de)

#### Kontakt:

Bernd Breuer  
 Mechthild Renner  
 Referat I 2  
 Stadtentwicklung  
 Tel.: 0228 99 – 401 22 68  
 401 23 23

E-Mail:  
[bernd.breuer@bbr.bund.de](mailto:bernd.breuer@bbr.bund.de)  
[mekhthild.renner@bbr.bund.de](mailto:mekhthild.renner@bbr.bund.de)

## Städtebaulicher Investitions- und Förderbedarf 2007–2013 in Deutschland

### Forschungen, Heft 132

Die Bundesregierung wurde vom Deutschen Bundestag im Jahr 2004 aufgefordert, einen städtebaulichen Bericht vorzulegen. Der Bericht sollte unter anderem auch eine Einschätzung über den künftigen Förderbedarf im Rahmen der gemeinsamen Städtebauförderung geben. In ihrem „Städtebaulichen Bericht 2004“ machte die Bundesregierung allerdings geltend, dass eine solche Einschätzung sehr schwierig und mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sei. Unter anderem verfüge der Bund über keinen vollständigen Überblick über den Bauzustand der Gebäude in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund hatte das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ein Forschungsvorhaben zur Ermittlung des Städtebaulichen Förderbedarfs in Deutschland 2005 vergeben.

Im Zentrum des Projekts stand eine umfassende Umfrage unter den Städten und Gemeinden. Leitgedanke war hier, dass auf Grund der Vielfalt städtebaulicher Aufgaben und der am Subsidiaritätsprinzip orientierten Ausgestaltung der Städtebauförderung die Städte und Gemeinden den größten Überblick über den Zustand ihrer Gebäude, Einrichtungen und Anlagen haben. Insgesamt wurden mehr als 1.200 Städte und Gemeinden aller Größenklassen im gesamten Bundesgebiet befragt. Bei einer Rücklaufquote von gut 40 % kann von einer hohen Repräsentativität der Befragungsergebnisse ausgegangen werden.

Die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung bis 2013 sind:

- Der Investitionsbedarf bleibt hoch. Die geschätzten Investitionskosten für städtebauliche Maßnahmen (öffentliche und private Investitionen) beziffern sich bis 2013 auf 64,0 Mrd. €. Etwas mehr als die Hälfte dieser Summe wird von den Städten und Gemeinden in den alten Bundesländern (57 %) in Anspruch genommen. Entsprechend entfallen 43 % der Kosten auf die Kommunen in den neuen Ländern.
- Um diesen Investitionsbedarf zu realisieren, muss dieser für den Zeitraum 2007–2013 durch Städtebauförderungsmittel des Bundes in Höhe von rund 4,8 Mrd. €

angestoßen werden. Hiervon entfallen auf die alten Länder 2,8 Mrd. € und auf die neuen Länder 2,0 Mrd. €. Im Jahresdurchschnitt sind somit ca. 700 Mio. € an direkten Städtebauförderungsmitteln des Bundes jährlich notwendig. Derzeit belaufen sich die Bundesfinanzhilfen auf ca. 500 bis 550 Mio. € jährlich.

- Die Investitionsbedarfe in den neuen und den alten Länder gleichen sich an. Der Investitionsbedarf je Einwohner ist in laufenden Gebieten in Ostdeutschland heute noch etwa viermal so hoch wie in Westdeutschland, in künftigen Fördergebieten jedoch gleicht sich der Bedarf stark an. Allerdings wird auch im Jahr 2013 der errechnete städtebauliche Investitionsbedarf je Einwohner in Ostdeutschland um rund 50 % höher sein als der in Westdeutschland.
- Die Stärkung von Innenstädten und Ortsteilzentren und die soziale Stadtteilentwicklung waren die wichtigsten Handlungsfelder der Städtebauförderung in den vergangenen Jahren. Nach Einschätzung der Kommunen werden sie auch in naher Zukunft die Hauptschwerpunkte der Förderung bilden.

#### Geschätztes Kostenvolumen 2007–2013 (in Mrd. Euro) in laufenden und künftigen Gebieten der Städtebauförderung

	West	Ost	Insgesamt
laufende Gebiete	19,4	21,9	41,3
künftige Gebiete	17,2	5,5	22,7
laufende und künftige Gebiete	36,6	27,4	64,0

Quelle: GEFRA, BTU, DIW, IfS – Kommunalbefragung.  
Berechnungen der GEFRA

Bei der Bewertung der vorliegenden Schätzergebnisse zum städtebaulichen Investitionsbedarf 2007–2013 sollte bedacht werden, dass sie auf dem aktuellen Erfahrungswissen der Städte und Gemeinden basieren. Neue Themen wie Klimaschutz im Städtebau oder weitere zukünftig wichtige gesellschaftliche Themen können naturgemäß noch nicht Bestandteil der Ergebnisse sein.



Die Veröffentlichung kann kostenfrei bezogen werden bei:  
silvia.becker  
@bbr.bund.de

#### Bearbeiter:

GEFRA, Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR, Münster (Auftragnehmer)  
Dr. Björn Alecke (Leitung), Prof. Dr. Gerhard Untiedt DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
Dr. Martin Gornig IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Berlin  
Wolfgang Jaedicke Lehrstuhl Stadttechnik, BTU Cottbus  
Prof. Dr. Matthias Koziol, Jörg Walther

#### Kontakt:

Dr. Markus Eltges  
Referat I 4  
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung  
Tel.: 0228 99 – 401 23 38  
E-Mail:  
markus.eltges  
@bbr.bund.de



## Europa wächst zusammen – INTERREG III B-Leitprojekte

Die Programme und Projekte der transnationalen Zusammenarbeit in Europa in der Förderperiode 2000–2006 (INTERREG IIIB) sind weitgehend abgeschlossen. Allein in den fünf Programmräumen mit deutscher Beteiligung wurden in diesem Zeitraum knapp 500 Projekte genehmigt. Darin wirkten mehr als 6 600 Gebietskörperschaften, Behörden, Institutionen, Verbände und Unternehmen aus 35 europäischen Staaten als unmittelbar finanzierende Projektpartner zusammen. Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wurden Mittel im Umfang von rund 775 Mio. € bereit gestellt. Einschließlich der Kofinanzierungen der Projektakteure ergibt sich ein Gesamtvolumen aller Projekte von rund 1,6 Mrd. €. Trotz des im Vergleich zu anderen Strukturfondsprogrammen geringen Finanzvolumens haben die transnationalen Projekte zu Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Umweltgestaltung und sozialem Fortschritt in Europa beigetragen, haben Investitionen aus einem staatenübergreifenden Kontext heraus vorbereitet sowie die europäische Idee und interkulturelle Kompetenz „von unten“ gefördert.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat diesen Prozess durch ein eigenes Förderprogramm, das „Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit“ unterstützt. Hiermit wurden Leitprojekte von besonderem Bundesinteresse und Relevanz für die Umsetzung der „Territorialen Agenda der Europäischen Union“ und der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ gezielt gefördert. Beispiele:

- Die Projekte „OderRegio“ und „ELLA“ haben transnational abgestimmte Hochwasserschutzmaßnahmen für die Flussgebiete der Oder/Odra sowie der Elbe/Labe erarbeitet.
- Die Projekte „LHASA“ und „BEEN“ haben Lösungen zum Umbau und zur energetischen Sanierung von Großwohnsiedlungen und von Gebäuden entwickelt, die in Großblockbauweise errichtet wurden. Die Beispiellösungen erlauben Energieeinsparungen von bis zu 50 % sowie Verringerungen des Kohlendioxid ausstoßes pro Jahr und Wohneinheit von bis zu 1,3 t. Die Ergebnisse haben Bedeutung für einen Bestand von bis zu 40 Millionen Wohneinheiten vor allem in Osteuropa.

- Das Projekt AlpFRail hat konkrete Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene entwickelt und umgesetzt. Damit wurde nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz sondern auch zur Umweltverbesserung im ökologisch sensiblen Alpenraum geleistet.
- Die Projekte „COINCO“ und „SIC!“ entwickelten Strategien und zeigten Wege auf, wie durch Verbesserung der Verkehrsorganisation, Wirtschaftskooperation und Innovationsförderung der mitteleuropäische Kernraum als wichtiger europäischer Wachstumsraum langfristig gestärkt werden kann.

In der neuen Strukturfondsförderperiode 2007 bis 2013 gewinnt die finanzielle und vor allem politische Unterstützung strategisch wichtiger Projekte durch nationale Behörden noch größere Bedeutung. Das BBR wird hierzu die Möglichkeiten des Bundesprogramms „Transnationale Zusammenarbeit“ auf der Fachmesse „euregia“ in Leipzig vorstellen. Die Veranstaltung am 29.10.2008 steht unter dem Thema „Transnationale Zusammenarbeit: Wirkungen, strategische Projekte und Unterstützung durch das Bundesprogramm“.

Ausführliche Ergebnisse des Bundesprogramms sind in einem von der Gesellschaft des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung mbH im Auftrag von BMVBS und BBR erarbeiteten Bericht „Europa wächst zusammen – Das Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit – Förderung von INTERREG IIIB-Leitprojekten“ veröffentlicht.



Das BBR hatte dem „Informellen Minister-treffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt“ 2007 in Leipzig einen Bericht vorgelegt, der den Beitrag der transnationalen Projekte zum Zusammenwachsen Europas verdeutlicht.

### Dieser Bericht

„Europa wächst zusammen – Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen“ steht als Download zur Verfügung unter [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de) bzw. [www.interreg.de](http://www.interreg.de) oder **kann kostenfrei bezogen** bei [beatrix.thul@bbr.bund.de](mailto:beatrix.thul@bbr.bund.de)

### Kontakt:

Brigitte Ahlke  
Kerstin Greiling  
Dr. Wilfried Görmar  
Referat I 3  
Europäische Raum- und  
Stadtentwicklung  
Tel.: 0228 99 – 401 23 30  
401 14 18  
401 23 28

E-Mail:  
[Interreg@bbr.bund.de](mailto:Interreg@bbr.bund.de)



Der Bericht kann kostenfrei beim Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. ([info@deutscher-verband.org](mailto:info@deutscher-verband.org)) bzw. beim BBR bezogen oder von der Website ([www.deutscher-verband.org](http://www.deutscher-verband.org)) heruntergeladen werden.

## Überregionale Partnerschaften

Wie bereits in der Nr. 2/Mai 2008 der INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR berichtet wurde, haben die Modellregionen des MORO-Forschungsfeldes „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtreionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“ mit der Umsetzung ihrer Projekte begonnen.

Vorab einige Fakten zu dem Modellvorhaben: Die sieben Modellregionen decken etwa 52 % des Bundesgebiets ab, und dort lebt ungefähr 48 % der Bevölkerung. Dies ist ein Hinweis darauf, dass dieses MORO tatsächlich großräumig angelegt und umgesetzt wird. Die Modellregionen werden zusammen für die zweijährige Laufzeit mit 495 000 € Bundesmitteln gefördert. Sie leisten zusätzlich einen Eigenbeitrag von 619 000 €. Dies zeigt, dass die Teilnahme an diesem MORO kein Mitnahmeeffekt ist. Die Modellregionen haben vielmehr ein starkes eigenes Interesse, Stadt-Land-Partnerschaften auszuprobieren und sie als eine funktionale Einheit verstehen.

Am 22. und 23.04.2008 fand in Nürnberg der Startworkshop statt. Etwa 55 Vertreterinnen und Vertreter der Modellregionen tauschten sich aus über grundsätzliche Fragen der innerregionalen Zusammenarbeit und aktuelle Themenschwerpunkte und Projekte in den Regionen. Den weiteren Verlauf des ersten Veranstaltungstages prägten die zentralen Fragen über die Organisation dieser neuen Kooperationsform und über die Einbeziehung von Wirtschafts- und Sozialpartnern in diese Partnerschaften.

Die Diskussion über den Aufbau von Partnerschaften machte dabei die sehr unterschiedliche Ausgangslage der Regionen deutlich. Beispiele dafür lieferten u. a.:

- der Europäische Verflechtungsraum Bodensee mit seinen komplexen internationalen Strukturen, aber auch exemplarischen Ansätzen wie seinem Hochschulverbund und dem Netzwerk „Bodensee IHK“,
- die Großräumige Partnerschaft Norddeutschland – Metropolregion Hamburg, bei der eine etablierte Metropolregion weitere Teilräume integrieren muss sowie
- die „neue“ Kooperation im Nordosten, die Partner aus drei Bundesländern zusammen bringt.

Hinweise für das Vorgehen bei der Einbindung der Wirtschaft gaben die Modellregionen Wissen-Kooperation-Innovation, Metropolregion Sachsendreieck und Metropolregion Stuttgart: Unabdingbar ist es, eine Sprache zu finden, die zeigt, dass es um konkrete Entwicklungsinteressen und nicht vorrangig (nur) um planerische Fragen geht.

Der 2. Veranstaltungstag suchte am Beispiel der Handlungsfelder „Regionale Wirtschaftskreisläufe“ und „Energie und Innovation“ nach Handlungsansätzen für die großräumige Zusammenarbeit von Stadt und Land. Diese beiden Themen wurden in zwei Arbeitsgruppen vertieft.

Beim Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe nimmt die gastgebende Europäische Metropolregion Nürnberg eine Vorreiterrolle ein. Ein Ziel ist es, die wirtschaftliche Grundlage und damit auch die Arbeitsplätze kleiner und mittelständischer landwirtschaftlicher und landwirtschaftsnaher Unternehmen der Region und zugleich deren Produktqualität und -vielfalt zu sichern. Ein Abnehmer und Verarbeiter dieser Produkte ist z. B. die Siemens AG, die jährlich für ihre Kantinen für etwa 40 Mio. € Lebensmittel und Dienstleistungen aus der Region bezieht.

In der Arbeitsgruppe „Energie und Innovation“ wurde deutlich, dass der Erfolg von der Dichte an Potenzialen abhängt: Wenn viele Unternehmen und Institutionen in einer Region vorhanden sind, dann kann eine Vernetzung erhebliche Synergien schaffen. Sofern dies nicht oder nur in einem geringen Umfang gegeben ist, muss es zunächst darum gehen, entwicklungsfähige regionale Kompetenzen zu sammeln, zu aktivieren und zu fördern.

Am 28.10.2008 wird die erste Fachkonferenz zu diesem MORO-Forschungsfeld auf der Fachmesse „euregia“ in Leipzig stattfinden. Dabei werden erste Ergebnisse aus den Modellvorhaben vorgestellt. Gleichzeitig wird diskutiert werden, welche neuen Chancen dieses MORO für Wirtschaft, Wissenschaft und Raumentwicklung birgt. Sofern Sie weitere Informationen über dieses MORO erhalten möchten, kontaktieren Sie das Projektmanagement oder das BBR.



Weitere Informationen unter:  
[www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)  
 > Forschungsprogramme  
 > MORO  
 > Forschungsfelder

### Projektmanagement:

Dr. Michael Melzer  
 Raum & Energie  
 Institut für Planung,  
 Kommunikation und  
 Prozessmanagement  
 Tel.: 04103 – 16 041  
 E-Mail:  
[melzer@raum-energie.de](mailto:melzer@raum-energie.de)

### Kontakt:

Dr. Rupert Kawka  
 Referat I 1  
 Raumentwicklung  
 Tel.: 0228 99 – 401 13 14  
 E-Mail:  
[rupert.kawka@bbr.bund.de](mailto:rupert.kawka@bbr.bund.de)



Das Heft ist kostenfrei zu beziehen bei:  
referat-11@bbr.bund.de  
Stichwort:

Werkstatt: Praxis 53  
und zum Download  
verfügbar unter:  
<http://www.bbr.bund.de/DE/Veroeffentlichungen/WP/2008/heft53.html>

#### Bearbeitung:

ARGE Greiving / Blotevogel / Pietschmann / Winkel, Dortmund (Auftragnehmer)  
PD Dr. Stefan Greiving (Leitung),  
Prof. Dr. Hans-Heinrich Blotevogel,  
Holger Pietschmann,  
Prof. Dr. habil. Rainer Winkel

#### Kontakt:

Martin Spangenberg  
Referat I 1  
Raumentwicklung  
Tel.: 0228 99 – 401 23 12  
E-Mail:  
martin.spangenberg@bbr.bund.de

## Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen Werkstatt: Praxis, Heft 53

Länder und Regionen in Deutschland stehen angesichts des demografischen Wandels vor vielfältigen Herausforderungen. Die Praxiserfahrungsstudie „Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen“ im Rahmen des Forschungsprogramms Aufbau Ost untersucht, inwieweit Funktionsteilungen im zentralörtlichen System (Städteverbände) und andere Kooperationsformen dazu geeignet sind, zur Sicherung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen beizutragen.

Mit dem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) herausgegebenen Heft Nr. 53 der Reihe Werkstatt: Praxis „Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen“ liegt nun eine Ergebnisdokumentation in Form eines kompakten Handlungsleitfadens vor. Die Veröffentlichung richtet sich sowohl an Kommunen als auch an Landes- und Regionalplaner.

Die Untersuchungsergebnisse liefern übertragbare Erkenntnisse darüber, auf welchen Feldern eine Zentrenkooperation sinnvoll ist, welche Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung der Kooperation ausschlaggebend sind und welche Hemmnisse bestehen. Aus der vergleichenden Untersuchung von zehn Fallbeispielen aus den Neuen Ländern, die wegen ihrer frühzeitigen Betroffenheit von den Auswirkungen des demografischen Wandels eine Vorreiterrolle übernehmen, lassen sich gezielte Handlungsempfehlungen für die erfolgreiche Umsetzung von zentralörtlichen Städteverbänden in verschiedenen Kooperationsphasen ableiten.

Ergebnis der vorgeschalteten bundesweiten Analyse ist eine strukturierte Übersicht der landesplanerischen Regelungen und etablierter Beispiele und Ansätze zur Evaluierung von Städteverbänden. Die vertiefte Untersuchung der Fallbeispiele kommt zu dem Ergebnis, dass eine raumordnerische Funktionszuweisung in Kombination mit einer formalisierten zentralörtlichen Kooperation zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Lösung von Verteilungskonflikten unumgänglich ist. Rein informelle Ansätze für Kooperationen wie Städtenetze allein sind nicht hinreichend. Weil die Sicherung der Daseinsvorsorge im Zentrale-Orte-System

für Versorgungsbereiche zu erfolgen hat, die über die kommunalen Grenzen hinausgehen, entsprechen regionale Interessen nicht denen der beteiligten Gemeinden.

Städteverbände sind aber mehr als bloße „funktionsteilige zentrale Orte“. Die Fallstudien verdeutlichen, dass Städteverbände zwar raumordnerisch festgelegt werden, dass sie aber zur Umsetzung der angestrebten Funktionsteilung auf eine Akzeptanz durch die Kommunen angewiesen sind. Jede Fallstudie ist eine Momentaufnahme innerhalb einer Kooperationsgenese. Folgende zeitliche Phasen können dabei unterscheidbar:

1. Findungsphase,
2. Start- und Euphoriephase,
3. Umsetzungs-/Implementierungsphase,
4. Stabilisierungs-/Stagnationsphase sowie
5. Zusammenschluss/Auflösung (optional).

Die Praxis zentralörtlicher Kooperationen wird dem Anspruch, der mit dem Konzept „Städteverbund“ verbunden ist, bisher nur bedingt gerecht. Zwar ist die Tendenz der letzten Jahre, eine Funktionszuweisung bzw. deren Aufrechterhaltung von der Einhaltung materieller und instrumenteller Vorgaben abhängig zu machen, zu begrüßen. Es gilt jedoch, sowohl auf Seiten der Raumordnung als auch der kooperierenden Kommunen, an bestehenden Defiziten zu arbeiten. Auch die Evaluierung hat ihre Potenziale noch nicht voll entfalten können, da sie von der Raumordnung konzeptionell wenig durchdacht und bei den Kommunen zu wenig bekannt ist, um sich darauf einzustellen.

Städteverbände stellen ein wichtiges Instrument im Sinne des Leitbildes „Daseinsvorsorge sichern“ der im Sommer 2006 von der MKRO verabschiedeten neuen Leitbilder zur Raumentwicklung dar. Die Ergebnisse und die abgeleiteten Handlungsempfehlungen sind eine Informationsgrundlage für die Weiterentwicklung der Zentrale-Orte-Konzepte in den Landesplanungen und geben wichtige Hinweise für die Umsetzung von neuen oder bestehenden zentralörtlichen Kooperationen in den Partnerkommunen.

## Raumordnungsplanung und Kulturlandschaftsentwicklung Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5.2008

Da in Deutschland kein Raum existiert, der frei von anthropogenen Einflüssen ist, gilt das gesamte Territorium als Kulturlandschaft. Siedlungsräume sind damit ebenso Bestandteil der Kulturlandschaft wie die offene Landschaft mit ihren Freiräumen. Kulturlandschaften unterliegen immer rascher ablaufenden Veränderungen. Der Auftrag der Raumordnung zur planerischen Gestaltung von Kulturlandschaften umfasst mehr als nur die Konservierung historisch bedeutsamer Räume.

Grundsätzlich fordert die Ministerkonferenz für Raumordnung in ihren Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland eine aktivere Gestaltung der Kulturlandschaftsentwicklung. Raumordnung soll neben ihren klassischen Steuerungsformen (Raumordnungspläne und Koordination raumbedeutsamer Maßnahmen und Pläne) zukünftig Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Politikbereichen ausbauen. Durch interkommunale und regionale Zusammenarbeit sowie durch einen begleitenden gesellschaftlichen Dialog soll sie die Entwicklung von Kulturlandschaften auf dem Wege der Zusammenarbeit in Netzwerken fördern.

Die Beiträge in diesem Heft zeigen, wie der Auftrag der Raumordnung zum Schutz und zur Entwicklung von Kulturlandschaften in ländlichen Regionen ebenso wie in städtischen und industriell-gewerblichen Gebieten eingelöst werden kann. Dabei eignet sich Raumordnung besonders für die Initiierung entsprechender Diskurse und die Organisation von Kooperationen. Sie verfügt über umfassende Regionskenntnisse, hat eine integrative Arbeitsweise und nimmt eine Mittlerstellung zwischen verschiedenen Ebenen und Interessen ein. Im Unterschied zur formellen Regulierung durch Pläne, bei der die Raumordnung verbindliche Festlegungen ausweist, die ihre Adressaten zu befolgen haben, basieren kooperative Entwicklungsstrategien der Kulturlandschaft eher auf Ko-Regulierung, d. h. der gemeinsamen Setzung von Regulierungszielen, der freiwilligen Ableitung von Maßnahmen und der kooperativen Mitarbeit der Beteiligten.

Die Beiträge machen auch deutlich, dass eine zeitgemäße Kulturlandschaftsentwick-

lung von städtischen wie ländlichen Räumen auf einen Mix von hierarchischen, insbesondere planbasierten und kooperativen Instrumenten angewiesen ist. Nach wie vor wichtig sind die in landesweiten Raumordnungsplänen und Regionalplänen enthaltenen verbindlichen Festlegungen. Mit deren Hilfe kann die Entwicklung von Kulturlandschaften gezielt beeinflusst werden. In Bauleitplan-, Planfeststellungsverfahren, sonstigen raumbezogenen Fachplanungen und vorhabenbezogenen Genehmigungsverfahren sind diese Festlegungen von Adressaten zu beachten oder zu berücksichtigen. Andererseits kann Raumordnung ein Management von Netzwerken organisieren und als Moderator kulturlandschaftlicher Entwicklungsvorhaben auf kooperativem Wege aktiv werden.

Hierarchische wie kooperative Steuerungsformen kann die Raumordnung aber nur dann erfolgreich einsetzen, wenn sie über hinreichende Kenntnisse der derzeitigen Raumnutzung sowie der geplanten Nutzungen öffentlicher wie privater Planungsträger verfügt. Räumliche Information spielt daher eine zentrale Rolle, um die kumulativen Effekte zukünftiger raumbedeutsamer Maßnahmen und Planungen auf die Kulturlandschaft abschätzen zu können. Verschiedene Beiträge zeigen, wie man Informationen über historisch bedeutsame Kulturlandschaftselemente erheben und Kulturlandschaftskataster aufbauen kann.



Quelle: Future Landscapes. Broschüre zu den Perspektiven der Kulturlandschaftsentwicklung, Hrsg.: BMVBW/BBR, Bonn 2005



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim  
Selbstverlag des BBR  
Postfach 21 01 50  
53156 Bonn  
Fax: 0228 99 – 401 22 92  
E-Mail:  
selbstverlag@bbr.bund.de  
zum Preis von 6,00 €  
(zzgl. Versand)

### Kontakt:

Klaus Einig  
Referat I 1  
Raumentwicklung  
Tel.: 0228 99 – 401 23 03  
E-Mail:  
klaus.einig@bbr.bund.de

Dr. Fabian Dosch  
Referat I 5  
Verkehr und Umwelt  
Tel.: 0228 99 – 401 23 07  
E-Mail:  
fabian.dosch@bbr.bund.de



Download des Heftes 133 der Reihe Forschungen unter:  
<http://www.bbr.bund.de>  
 (hier Veröffentlichungen/  
 Forschungen/2008/  
 Heft133)

#### Bearbeitung:

Weeber+Partner  
 Institut für Stadtplanung  
 und Sozialforschung  
 Berlin

#### Kontakt:

Evi Goderbauer  
 Referat I 2  
 Stadtentwicklung  
 Tel.: 0228 99 – 401 23 19  
 E-Mail:  
 evi.goderbauer  
 @bbr.bund.de

## Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens Forschungen, Heft 133

Derzeit gibt es in Deutschland rd. 1,24 Mio. Kleingärten. Kleingärten sind nicht nur ein beliebtes Betätigungsfeld für die Pächterinnen und Pächter sowie deren Familien, sondern sie dienen auch Besuchern zur Erholung. Kleingartenanlagen sind Orte der Begegnung und der Kommunikation und erfüllen wichtige ökologische Funktionen nicht nur in Ballungsräumen. Gleichzeitig bleiben gesellschaftliche, wirtschaftliche und demographische Veränderungen nicht ohne Auswirkungen auf das Kleingartenwesen. Ziel eines 2007 durchgeführten Forschungsvorhabens war es, mit einer Bestandsaufnahme zum Kleingartenwesen einen Überblick über dessen aktuelle Situation sowie dessen städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung zu gewinnen.

Das vom Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner durchgeführte Forschungsvorhaben war im wesentlichen empirisch ausgerichtet. So wurden alle zuständigen Landesministerien befragt sowie 115 Kommunen (Rücklauf 60 %) angeschrieben. Drei Umfragen erfolgten innerhalb der Organisationsstrukturen des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde e. V. (BDG). Befragt wurden die 19 Landesverbände des BDG, 168 Kleingärtnervereine (Rücklauf 70 %) und rund 5 100 Kleingärtnerinnen und Kleingärtner (Rücklauf 44 %). In dieser umfangreichen Nutzerbefragung wurden u. a. sozialstrukturelle Daten, Wohnsituation, Motive, Nutzungsdauer, -absichten und -häufigkeiten sowie Pachtzins und sonstige Kosten erhoben.

Die ergiebigen Umfragen wurden um vertiefende Interviews und durch Besichtigungen von Kleingartenanlagen ergänzt. Im September 2007 wurden die Erkenntnisse im Rahmen eines Expertenworkshops mit Blick auf die städtebaulichen, ökologischen und sozialen Aspekte vorgestellt und diskutiert.

Die als Heft 133 der Reihe Forschungen vorliegende Veröffentlichung dokumentiert anschaulich das Vorgehen, die Ergebnisse und darauf basierende Einschätzungen zum Stand des Kleingartenwesens. Daraus herausgegriffen sind u. a. folgende Untersuchungsergebnisse:

- Kleingartenanlagen tragen zur Durchgrünung und Auflockerung der Bebauung in den Städten bei und stellen für viele Nutzer einen Ausgleich zum Wohnen im Geschosswohnungsbau dar. Sie finden sich in den untersuchten Kommunen sowohl am Stadtrand als auch im Innenstadtbereich. Aufgrund von Nutzungskonkurrenzen setzt sich ein Trend zur Verlagerung von Kleingartenanlagen an den Stadtrand fort.
- Die ökologische Bedeutung von Kleingärten und Kleingartenanlagen (u. a. Ausgleichsfunktion, Naturerlebnis, umweltbewusstes Gärtnern) ist groß. Fachberatung und ökologische Musterkleingärten stärken das insgesamt hohe Umweltbewusstsein in den Vereinen. Die Nutzung von Regenwasser und Kompostierung ist selbstverständlich. 20 % der Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 21 Bundesnaturschutzgesetz in Kleingartenanlagen vorgenommen.
- Die Bedeutung des Kleingartenwesens für das örtliche Gemeinwesen nimmt zu: Dies schlägt sich in der von den Kleingärtnerorganisationen verfolgten Öffnung für und Vernetzung mit lokalen Akteuren und Einrichtungen nieder. Die Öffnung der Organisationen geht einher mit einem beeindruckenden Anteil an öffentlich zugänglichen Anlagen (84 %), was deren Integration in das städtebauliche Gefüge sichtlich optimiert.
- Der demographische Wandel macht auch vor dem Kleingartenwesen nicht halt. Mehr als die Hälfte der Pächter sind Rentner. Das Durchschnittsalter der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner beträgt fast 60 Jahre. Die demographische Entwicklung durch angepasste Angebotsstrukturen im Kleingartenwesen nachzuvollziehen, bzw. den einsetzenden Generationenwechsel durch neue Zielgruppen, vor allem Familien mit Kindern und Migranten zu gestalten, ist eine Zukunftsaufgabe.



## ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West

### Bilanzbroschüre zum Abschluss des Forschungsfeldes erschienen

Zwischen 2002 und 2007 haben 16 Pilotstädte im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West Stadtumbaustrategien erprobt, städtebauliche Entwicklungskonzepte erstellt und über 50 Impulsprojekte bzw. Impulsprojektthemen als investive Stadtumbaumaßnahmen umgesetzt. Die Erfahrungen dieser 16 Städte wurden vom BBR und von der Forschungsassistenz FORUM GmbH intensiv begleitet und wissenschaftlich ausgewertet. Eine Bilanzbroschüre, welche die Erfahrungen der fünfjährigen Stadtumbau-Prozesse resümiert, ist nun zum Abschluss des Forschungsfeldes erschienen.

Im Detail stellt die Broschüre die fünfjährige Pionierarbeit der 16 Städte anhand wichtiger Aspekte von Stadtumbau-Prozessen dar:

- Herausforderungen und Handlungsbedarf,
- Handlungsräume und -felder
- Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung
- Städtebauliche und Finanzierungsinstrumente
- sowie Selbstbeobachtungssysteme im Stadtumbau.

Unter Würdigung dieser Aspekte werden in der Bilanzbroschüre die Leitfragen an das Forschungsfeld beantwortet und übertragbare Praxiserfahrungen beispielhaft und anschaulich aufbereitet. Die Erfahrungen der Pilotstädte zeigen, dass ein konzeptioneller, kooperativer Ansatz die größten Prozessfortschritte im Stadtumbau erwarten lässt und dass es gelingen kann, in unterschiedlichen Gebietskulissen und Handlungsfeldern sichtbare Stadtumbau-Erfolge zu erzielen.

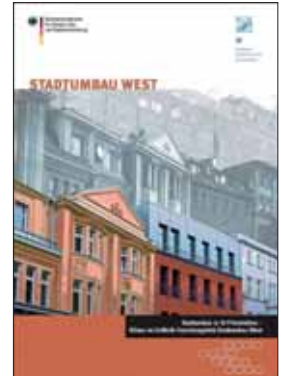
Im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West gab es schon während der Laufzeit einen durch die Forschungsassistenz FORUM GmbH organisierten Transfer der in den Pilotstädten gemachten Praxiserfahrungen:

- Über Sachstands- und Zwischenberichte haben die Pilotstädte die FORUM GmbH mit Informationen versorgt und teilweise eigene Auswertungsdokumente eingebracht.
- In zehn Projektwerkstätten wurden wichtige Themen im Forschungsfeld diskutiert und anschließend dokumentiert.

- Auf [www.stadtumbauwest.de](http://www.stadtumbauwest.de), dem Internetportal des Forschungsfeldes, wurden zeitnah Diskussionsergebnisse und Auswertungsdokumente veröffentlicht.
- Über einen 15-mal erschienenen Newsletter wurde der schrittweise Informationsgewinn an Interessierte weitergegeben.
- Zusammenfassende Zwischenstandsbroschüren begleiteten den Fortschritt der Pilotstädte.
- Insgesamt fanden fünf fachöffentliche Foren mit durchschnittlich 300 Teilnehmern in Bremen, Essen, Gelsenkirchen, Kassel und Völklingen statt.

Im Jahr 2004 starteten Bund und Länder das Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West und trugen damit dem städtebaulichen Anpassungsbedarf an demographische und wirtschaftliche Veränderungen Rechnung. Bis Ende 2007 wurden 280 Städte und Gemeinden in dieses Programm aufgenommen. Gleichzeitig wurde eine Bundestransferstelle Stadtumbau West eingerichtet, die den Wissenstransfer durch Veranstaltungen, ein Internetangebot und eine Print-Broschüre weiterführt und dabei Bezug auf die Programmstädte im Stadtumbau West nimmt. Diese Aufgabe wurde der FORUM GmbH übertragen.

Die Durchführung einer Befragung aller im Regelprogramm Stadtumbau West aufgenommener Städte bzw. interkommunaler Verbände wird weitere wichtige Informationen zur Ausgestaltung des Programms durch die beteiligten Kommunen und für den Wissenstransfer liefern. Mit einer geplanten Fortschrittsuntersuchung der Stadtumbau-Prozesse in den 16 Pilotstädten besteht weiterhin die Möglichkeit, die kurz- und mittelfristigen Wirkungen der Maßnahmen im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West zu untersuchen und damit wichtige Anregungen für die Verstärkung von Stadtumbau zu bekommen. Alle diese Aktivitäten dienen dem Bund, den Ländern und gerade auch den Programmkommunen, die häufig einen Bedarf nach Erfahrungsaustausch und praxisgeleiteten Handlungsempfehlungen formulieren.



Bezug der Bilanzbroschüre  
„ExWoSt Stadtumbau West“:  
E-Mail:  
[info@forum-oldenburg.de](mailto:info@forum-oldenburg.de)

#### Auftragnehmer:

FORUM GmbH  
Donnerschwerer Straße 4  
26123 Oldenburg  
Tel.: 0441 – 980 59 22  
Fax: 0441 – 980 59 18

#### Kontakt:

Evi Goderbauer  
Referat I 2  
Stadtentwicklung  
Tel.: 0228 99 – 401 23 19  
E-Mail:  
[evi.goderbauer@bbr.bund.de](mailto:evi.goderbauer@bbr.bund.de)



Bestellen Sie **kostenfrei** per E-Mail bei: gabriele.bohm  
@bbr.bund.de

Ferner können Sie auch noch ein kostenfreies Druckexemplar der Abschlusspublikation „Werkstatt Praxis“ zur Flächenkreislaufwirtschaft bestellen (solange der Vorrat reicht).

## CD/DVD „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“

Das BBR und die Auftragnehmer beim Deutschen Institut für Urbanistik haben die Forschungsergebnisse und Dokumente des in 2007 abgeschlossenen ExWoSt-Forschungsfeldes „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ für Sie kompakt zusammengestellt:

- CD „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“

mit allen Publikationen und Ergebnissen des Forschungsfeldes von der kurzen Ergebnisübersicht für den eiligen Leser bis zu den kompletten Sonderveröffentlichungen, Expertisen, ExWoSt-Informationen zum Forschungsfeld, Berichten

und integrierten Handlungskonzepten aus den Planspielregionen ..... und Vielem mehr.

- DVD mit einem Trailer/Kurzfilm und dem Film zum Forschungsfeld im attraktiven und handlichen Format mit faltbarem Hardcover und Jewel-Case mit herausnehmbarem Booklet/Inhaltsübersicht.

Weitere Informationen:  
[www.flaeche-im-kreis.de](http://www.flaeche-im-kreis.de)



Das Heft kann kostenlos unter dem Stichwort „Werkstatt: Praxis Heft 55“ bezogen werden.

E-Mail:  
anni.loehrer  
@bbr.bund.de

## Kostengünstiger qualitätsbewusster Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern

### Werkstatt: Praxis, Heft 55

Die Wohnungsnachfrage in Deutschland wird in hohem Maße von demographischen Entwicklungen geprägt. Stagnation, Schrumpfung bzw. Wachstum der regionalen Bevölkerung sowie Alterung und geringe Geburtenzahlen beeinflussen Anzahl, Größe und Struktur der Haushalte. Lebensweisen verändern und differenzieren sich. Hieraus ergeben sich neue Anforderungen an Bau- und Wohnformen. Sozioökonomische Entwicklungen wirken sich ebenfalls auf die Wohnungsnachfrage aus. Eine höhere berufliche Flexibilität und Mobilität müssen bei der persönlichen Lebensplanung künftig stärker bedacht werden. Deshalb gewinnen neue Lösungen in Bezug auf Wohnstandort, Wohnform, flexible Wohnkonzepte sowie Kosten und Wertbeständigkeit der selbstgenutzten Immobilie an Bedeutung. Die Kommunen müssen angesichts der vielfältigen Veränderungsprozesse nachhaltige städtebauliche Strukturen gewährleisten. Dabei gewinnt die Diskussion um die Innenentwicklung und die Kernstädte an Dynamik.

Das Forschungsfeld „Kostengünstiger qualitätsbewusster Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern in prosperierenden Regionen“ greift diese Entwicklungen auf. Mit dem Forschungsfeld wurden Handlungsstrategien beleuchtet, die zur Stär-

kung des städtischen Wohnens und zur Eindämmung der Stadt-Umland-Wanderung beitragen können. Im Mittelpunkt standen Ansätze zur

- Steigerung der Attraktivität der Kernstädte für die Eigentumsbildung im Bereich von Ein- und Zweifamilienhäusern
- Integration kleinteiliger Wohnprojekte in vorhandene städtebauliche Strukturen
- Anpassung von Bau- und Wohnformen an zukünftige Bedürfnisstrukturen von Bauherren und Nutzern.

Mit dieser inhaltlichen Ausrichtung fügt sich das Forschungsfeld in die derzeitige politische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskussion um die Renaissance der Städte ein.

Der Bericht dokumentiert die Erkenntnisse aus sechs Modellvorhaben und einem Sondergutachten zu den Wohnwünschen, -bedürfnissen und -präferenzen von Nachfragergruppen im Bereich von Ein- und Zweifamilienhäusern. Die Ergebnisse sind den Handlungsfeldern zugeordnet: Grundstücksverfügbarkeit, Standort und städtebauliche Ebene, Objektebene und Trägerkonstellationen.

### Kontakt:

Karin Lorenz-Hennig  
Referat II 13  
Kostenstrukturen und  
Qualitäten im Wohnungsbau, Wohnungswirtschaft  
Tel.: 0228 99 – 401 15 27  
E-Mail:  
karin.lorenz-hennig  
@bbr.bund.de

## Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel

### BBR-Online-Publikation 11/2008

Die Häufung von Hochwasser, Stürmen, Hitzeperioden, Trockenstress und anderen Extremwetterereignissen der letzten Jahre zeigen, wie gefährdet zentrale Infrastrukturen und Nutzungen durch den Klimawandel sind. Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und seine Folgen werden daher zunehmend erörtert. Raumplanung kann sowohl zum Klimaschutz beitragen, etwa durch die Förderung CO<sub>2</sub>-mindernder Raumstrukturen, als auch die Folgen des Klimawandels durch Klimaanpassung mindern, beispielsweise durch mehr Rückhalteräume für den Hochwasserschutz.

Deutschland wird bis Ende 2008 eine „Nationale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“ (DAS) erarbeiten. Der Raumentwicklung wird bei dieser Strategie eine zentrale Rolle für konkrete Maßnahmen in Regionen und Städten beigemessen. Dem akuten Handlungsauftrag zu Vorsorge und Folgenbewältigung stehen aber erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich belastbarer

und regionalisierter Datengrundlagen zum Klimawandel, der Bewertung seiner Folgen und Einleitung von Maßnahmen gegenüber. Deshalb ist ein intensiver Dialog zwischen Klimaforschung, Raumwissenschaften und Raumplanung dringend erforderlich.

Die Fachtagung „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ vom 30.10.2007 war Plattform für den Dialog zwischen Klimaforschung, Raumwissenschaften und Raumplanung, um die weiteren Aufgaben der Raumentwicklung zu klären sowie Modellvorhaben vorzubereiten. Im Fokus des Workshops standen Minderungs- und Anpassungsstrategien an den Klimawandel im regionalen Kontext. Auftragnehmer waren agl Saarbrücken, PIK Potsdam und BfAG Meckenheim.

Die Online Publikation 11/08 dokumentiert die Vorträge, Diskussionen und Workshops und stellt die Ergebnisse der Tagung in pointierter Form dar.



#### Kontakt:

Dr. Fabian Dosch  
Referat I 5  
Verkehr und Umwelt  
Tel.: 0228 99 – 401 23 07  
E-Mail:  
fabian.dosch@bbr.bund.de

## Bau und Raum Jahrbuch 2007/2008

### Neuntes Jahrbuch des BBR erschienen

Im Jahrbuch „Bau und Raum 2007/08“ mit einem Vorwort von Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee stellen namhafte Autoren prominente Bundesbauten und Zuwendungsmaßnahmen im In- und Ausland vor.

Aus dem Inhalt:

- **Bundespräsident Horst Köhlers** Ansprache zum 50-jährigen Bestehen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, eine der wichtigsten Bauherren des BBR
- Von der „Leipzig Charta“ zur „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“. Autor: **Engelbert Lütke Daldrup**, Staatssekretär im BMVBS
- Zum Stand des Wettbewerbs für das Berliner Schloss/Humboldtforum berichtet **Michael Halstenberg**, Abteilungsleiter im BMVBS, ergänzt durch einen Beitrag des Publizisten **Gerwin Zohlen** zur Rekonstruktion der Berliner Mitte als Kultur- und Bildungslandschaft.
- Vollendete Regierungs- und Kulturbauten stellen deren Architekten vor, u.a.

**Heinz Tesar** das Bode-Museum Berlin, **Thomas Pink** den Neubau des Bundesgesundheitsministeriums in Bonn und **Volker Staab** den Neubau der Deutschen Botschaft in Mexiko.

- Einblick gibt das Jahrbuch in zwei vom BBR betreute gegensätzliche Bauten: Der Regierungsbunker im Ahrtal, der heute als Museum des Kalten Krieges dient, und Schloss Meseberg, das im Brandenburgischen gelegene Gästehaus der Bundesregierung.
- Vorgestellt werden auch Wettbewerbsergebnisse für die Museumshöfe in Berlin, für Bildungs- und Forschungseinrichtungen, für den Neubau des Bundesinnenministeriums in Berlin und für Gedenkmünzen.
- Außerdem im neuen „Jahrbuch“: Beiträge zur Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, zur Forschungsinitiative „Zukunft Bau“, zur „Sozialen Stadt“, zur Europäischen Raumentwicklung und zur Kunst am Bau.



Das „Jahrbuch Bau und Raum 2007/2008“ ist beim Junius Verlag in Hamburg mit deutschem und englischem Begleittext erschienen. 184 Seiten mit 300 zumeist farbigen Abbildungen  
ISBN-10: 3885065886  
ISBN-13: 9783885065883  
unverbindl. Preisempfehlung: 39,90 €

**Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag**

Bundesamt für  
Bauwesen und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn  
Telefon: 0 228 99 - 4 01 - 0  
Telefax: 0 228 99 - 4 01 - 22 66  
Web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

**G 7718 F**

**Verantwortlich**

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

**Redaktionelle Bearbeitung**

Gabriele Bockschecker

**Druck**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen  
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.

Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 3/2008 – Juli

ISSN 1434 – 9590



## Neues aus der Forschung – [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)

Neue Internetbeiträge aus der Forschung finden Sie unter **Neues/Termine/Internetbeiträge aus dem wissenschaftlichen Bereich**.

In der Rubrik **Forschungsprogramme**:

### Allgemeine Ressortforschung / Raumordnung

- Neue regionale Entwicklungsmuster und ihre Konsequenzen für die Raumordnungspolitik
- Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts – Europäischer Rechtsrahmen und nationale Umsetzung
- Umsetzungspotenziale der Europäischen Raumentwicklungspolitik – Territoriale Agenda der EU-Konferenz „Wirtschaft und Raum“

### Allgemeine Ressortforschung / Wohnungswesen

- Monitoring gewerblicher Immobilienmärkte

### ExWoSt-Forschungsfelder

- Sportstätten und Stadtentwicklung
- Quartiers-Impulse – Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft

### ExWoSt-Studien

- Nutzung städtischer Freiflächen für erneuerbare Energien

### MORO-Forschungsfeld

- CEMAT-Modellregionen – Innovationsregionen

### Aufbau Ost / Regionale Entwicklung

- Perspektiven polyzentraler Metropolregionen: Einbindung der Zwischenräume am Beispiel der Metropolregion Sachsendreieck
- Strategien zur Förderung des Tourismus in den Modellregionen Stettiner Haff und Südharz-Kyffhäuser

**Kontakt:**

Dr. Karin Veith  
Referat I 7  
Wissenschaftliche Dienste  
Tel.: 0228 99 – 401 22 97  
E-Mail:  
karin.veith  
@bbr.bund.de

Downloads zu aktuell erschienenen *Publikationen* finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veröffentlichungen**.

Alle *Veranstaltungen* finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veranstaltungen wissenschaftlicher Bereich**.